



Nein zur «Züri City-Card»

von Peter Anderegg, Gemeinderat EVP

Mit der «Züri City-Card» will der Stadtrat von Zürich einen neuen städtischen Ausweis, eine „Identitätskarte“, einführen. Diese soll vordergründig in Zusammenarbeit mit der Kulturlegi, der Pestalozzi Bibliothek, dem Sportamt und anderen Institutionen vereinfachten Zugang und Vergünstigungen anbieten. Erklärtes Ziel dieser Karte ist es aber, allen Personen, welche ohne Aufenthaltsbewilligung in Zürich leben, einen (pseudo) legalen Status zu verschaffen.

Ich lehne die Einführung der «Züri City-Card» ab, weil sie gegen übergeordnetes Recht verstossen, die betroffenen Sans-Papiers in einer falschen Sicherheit wiegen und weil es Zürich für Personen ohne Aufenthaltsbewilligung attraktiver machen würde.

Gemäss dem Positionspapier des Stadtrates vom Oktober 2020 leben in Zürich rund 10'000 Personen welche über keine Aufenthaltsbewilligung verfügen und einer Schwarzarbeit nachgehen. Der grösste Teil von ihnen verfügte nie über eine Aufenthaltsbewilligung. Etwa die Hälfte sind Frauen aus Lateinamerika, die vor allem in Privathaushalten arbeiten. Von Bedeutung sind aber auch Männer aus europäischen Nicht-EU-EFTA-Staaten, die unter anderem im Bau-, Transport- oder Reinigungsgewerbe tätig sind.

Weiter handelt es sich um Personen welche aufgrund einer Straffälligkeit, einer Scheidung, dem Bezug von Sozialhilfe oder eines abgelehnten Asylentscheides weggewiesen wurden und trotz einer gesetzten Ausreisefrist die Schweiz nicht verlassen haben.

Die «Züri City-Card» würde einer faktischer „Generalamnestie“ für alle ohne Aufenthaltsbewilligung anwesenden Personen gleichkommen. Das kann ich nicht unterstützen. Es würde die vielschichtigen Probleme nicht lösen.

Vielmehr vordere ich, dass einerseits konsequent gegen Firmen und Privatpersonen, welche schwarz arbeitende Personen beschäftigen, vorgegangen wird. Andererseits soll allen Härtefällen unkompliziert und grosszügig geholfen werden.